



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/IV/161

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

7. November 1949

Die Tragödie der Südost-Deutschen

J.S. "Sachsen" und "Schwaben" nannte man die Deutschen in Südosteuropa und es war ein Ehrenname, denn er war verbunden mit der Vorstellung von wogenden Weizenfeldern und sauberen Städten, wo einst unerschlossene Moore lagen, mit der Vorstellung von kolonialisatorischen Leistungen, wie sie in diesem Raum einmalig waren. Adam Müller-Gutenbrunn hat in seinem Roman "Der grosse Schwabenzug" diesen wahrhaft europäischen Pionieren deutschen Blutes ein Denkmal gesetzt und sie in Glück und Aufstieg geschildert. Heute fehlt noch der Dichter, der ihr Unglück, ein europäisches Unglück, der Nachwelt überlieferte.

Die Donau war der Schicksalsstrom dieser Menschen, darum nannte man sie auch die "Donauschwaben". Auf den Wellen der Donau glitten vor 200 und 300 Jahren die "Ulmer Schachteln" talwärts in die unerschlossenen Gebiete, gerufen von vorausschauenden Habsburgern. Dem Laufe der Donau folgten 1945 bergwärts die Trecks der Südost-Deutschen, die vor den Russen flohen. Mancher kam nach 300 Jahren in sein Ursprungsland zurück; mit leeren Händen und ohne die Hoffnung, die einst seine Vorfahren in die unbekannte Fremde trugen.

Bis zum Ausbruch des Krieges lebten im Südostraum 1, 350.000 Volksdeutsche als Sprachinseln in den Ländern Rumänien, Jugoslawien und Ungarn. Die Karpathendeutschen, zwar gleichen Ursprungs, hatten nach dem ersten Weltkrieg eine andere Entwicklung genommen; ihr Schicksal wurde mit dem der Sudetendeutschen verflochten. Heute leben in den dreigenannten Ländern noch rund 530.000 Volksdeutsche. Etwa 300.000 sind nach Deutschland entweder geflüchtet oder ausgesiedelt worden, nach Österreich ebenso rund 150.000. Etwa ein Viertel der ursprünglichen Gesamtzahl der Volksdeutschen ist in den Kriegs- und Nachkriegswirren ums Leben gekommen, eine ähnliche Entwicklung wie bei den Sudetendeutschen. Der Rest, etwa 120.000, lebt in Zwangsarbeitslagern in Russland. Nur in den äußer-

sten Randstaaten seines Machtbereiches bestand Russland bei dem Potsdamer Abkommen auf Aussiedlung der Volksdeutschen. Stalin wusste, dass es nicht gelingen würde, aus den Deutschen verlässliche Kommunisten zu machen. Daher erhielten Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn das "Recht", die Deutschen auszusiedeln. Hier kam der Wunsch Stalins zum Ausdruck, an den Grenzen bevölkerungsmässig klare Verhältnisse zu schaffen und alle Elemente auszumerzen, deren Haltung im Ernstfall gefährlich werden konnte. Rumänien galt in diesem Sinne bereits als Etappe, es konnte seine Volksdeutschen behalten. Auch Jugoslawien erhielt in Potsdam keine Erlaubnis zur Aussiedlung seiner Volksdeutschen, obwohl es sich darum stark bemühte; vielleicht glaubte Stalin, sich Österreich so sichern zu können, dass die Grenzdeutschen hier nicht als störend empfunden wurden.

Die Nachkriegsentwicklung der einzelnen Volksgruppen war daher sehr unterschiedlich, im guten wie im bösen, aber immer von Moskau dirigiert. Am glimpflichsten kamen die Deutschen in Rumänien weg. Zwar wurden sie sowjetisiert und die deutschen Bauern kolchosierte und alle zusammen jeder Möglichkeit einer kulturellen Betätigung beraubt, aber nur die ehemalige Führungsschicht der Volksgruppe war Verfolgungen ausgesetzt. Von den ehemals 300.000 Deutschen leben heute in Rumänien noch rund 130.000. Etwa 90.000 sind nach Deutschland und Österreich geflüchtet, 30.000 sind im Kriege umgekommen, etwa 50.000 nach Russland verschleppt worden. Vor ungefähr einem halben Jahr wurde, auf völlig sowjetischer Basis, eine Sammlung der Volksgruppe zugelassen und der Volksschulunterricht teilweise wieder aufgenommen.

Von der halben Million Ungarn-Deutschen leben heute noch etwa 300.000 in der alten Heimat. Ungarn hat nur in den ersten Monaten zögernd vom "Recht" zur Aussiedlung Gebrauch gemacht, später hat es aus volkswirtschaftlichen Gründen darauf verzichtet. Mancher der Ausgesiedelten ist heimlich wieder zurückgekehrt, als er in Deutschland oder Österreich nicht vorwärts kam. In der Ostzone Deutschlands leben rund 40.000 ausgesiedelte Ungarn-Deutsche, in den Westzonen etwa 120.000, teils hierher geflüchtet, teils umgesiedelt. Relativ wenig Ungarn-Deutsche leben in Österreich, kaum 5000. Aus Österreich dürften, der günstigen Möglichkeit wegen, die meisten Rücksiedler zu verzeichnen sein. Was in Ungarn verblieben war, wurde proletarisiert und als Volksgruppe abgeschrieben. Der uralte ungarische Assimilationshunger feierte Triumphe. Vor kurzem ist nun ein Wandel eingetreten. Durch Regierungsverordnung wurde die "Gleichberechtigung der Deutschen"

ausgesprochen und eine Reihe von Volksschulen wieder geöffnet.

Am schlimmsten erging es den Jugoslawien-Deutschen; ihr Schicksal gleicht dem der Deutschen in Polen und in der Tschechoslowakei. Tito

erklärte die Deutschen für vogelfrei, sie wurden in Lagern zusammengedrückt und zu Tode gehungert oder gequält. Von den ehemals 650.000

Deutschen leben heute in Jugoslawien wahrscheinlich noch etwa 100.000, zumeist in Lagern oder als Arbeitssklaven auf dem Lande. 150.000, so

schätzt man, sind durch die Verfolgungen ums Leben gekommen, 40.000 nach Russland verschleppt worden. Obwohl dazu nicht "berechtigt", trieb

Jugoslawien die Volksdeutschen zu Tausenden über die Grenze nach Österreich, mindestens ebenso vielen gelang die Flucht. So leben heute etwa

130.000 Jugoslawien-Deutsche in Österreich, rund 80.000 in Westdeutschland.

Die Leistungen dieser Volksdeutschen in ihrer früheren Heimat sind Geschichte geworden, niemand kann daran rütteln. Es sind zumeist Bauern

und das erschwert ihre Einsiedlung in der neuen Heimat. Während die Besitzmacherei der Sudetendeutschen und der Vertriebenen aus dem deut-

schen Osten in der Hauptsache eine Frage der Organisation und des Geldes ist, weil es sich zumeist um gewerbetätige Menschen handelt, scheint

das Problem der südostdeutschen Bauern fast unlöslich. Denn mit noch so viel Organisation kann man den Boden nicht herbeizubereiten, den man

brauchte, um die Bauern wieder auf einen eigenen Hof zu setzen. Zwar kann durch Bodenreform und Bodenkultivierung einiges geschehen, aber

für das Gros dieser Menschen wird der Wunsch nach einem Bauernhof ein Traum bleiben. Auf längere Sicht gesehen, wird das Problem der Südost-

deutschen die grössten Sorgen bereiten und es wird trotz aller Anstrengungen innerhalb der deutschen Grenze nicht gelöst werden können.

Für sie muss in erster Linie das viel zitierte Ventil der Auswanderung nach überseeischen Ländern geöffnet werden, denn es wäre unrealistisch,

mit einer Rückkehr dieser Menschen in ihre frühere Heimat zu rechnen.

Pariser Klima

Von Alfred Frisch, Paris

Ungestört durch die unsichere innenpolitische Lage - die Regierung Bidault gilt im allgemeinen nur als Übergangslösung und die politische Welt bereitet sich langsam auf Neuwahlen vor - ist Paris zur Zeit der Mittelpunkt einer ungewöhnlich regen internationalen Tätigkeit. Die Seinestadt erlebt eine wahre Inflation von Konferenzen und Kongressen. In erster Reihe müssen die entscheidenden Beratungen der Marshallplanorganisation (OEEC) genannt werden, denn die Organe des Europarates (Ministerrat und Sonderausschuss der strassburger Konsultativversammlung), ferner die Zusammenkunft der Aussenminister der Brüsseler Westunion. Dazu kommen verschiedene private Kongresse wie z.B. die Tagung der Europe-Union der Föderalisten, der Sozialistischen Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa und der Nationale Französische Friedenskongress, dem im Kampf gegen den Kommunismus grosse Bedeutung beigegeben wird.

Die deutsche Frage befindet sich ziemlich stark im Mittelpunkt der Pariser Besprechungen. Man hat das Gefühl, dass die französische Politik an einem Wendepunkt steht und neue Wege für die deutsch-französischen Beziehungen gesucht werden. Frankreich ist mit seiner bisherigen Politik nicht mehr zufrieden. Der alte Bündnistrahmen wird als zu eng und gleichzeitig als zu steril empfunden. Der Quai d'Orsay und mit ihm ein Grossteil der öffentlichen Meinung schwankt zwischen London, Washington und Bonn, d.h. zwischen der alten Freundschaft mit Grossbritannien, der wirtschaftlichen und strategischen Abhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten und der Schaffung einer lebensfähigen kontinentaleuropäischen Gemeinschaft durch enge Zusammenarbeit mit Deutschland. Diese verschiedenen materiellen und gefühlsmässigen Bindungen oder Hemmungen beeinflussen sehr stark die Entwicklung der französischen Aussenpolitik und verdienen teils als ausschlaggebende Faktoren, teils als unberechenbare Störungen Beachtung.

Das französisch-britische Verhältnis ist nach wie vor getrübt. Man spricht von einem nationalen Egoismus des Partners jenseits des Kanals und von seiner Abneigung gegenüber den nach französischer Ansicht unvermeidbaren Bindungen an eine zu schaffende europäische Gemeinschaft. Da London andererseits auf seinen kontinental-europäischen Einfluss nicht verzichten will, sieht man in der britischen

7.11.1949

Politik eine Art Suezblock, der die europäische Einheit durch ständige Verzögerung endgültig gefährden könnte. Die französische Regierung hat es bisher aus begreiflichen Gründen vermieden, England die Freundschaft zu kündigen. Sie ist jedoch entschlossen, die europäische Karte vorbehaltlos zu spielen, in der Hoffnung, auf diese Weise dem eigenen Land innerhalb der europäischen Gemeinschaft die Führung zu sichern. Die Möglichkeit einer europäischen Einigung ohne Grossbritannien gewinnt mehr und mehr an Gewicht. Gegenströmungen fehlen allerdings nicht, besonders auf der sozialistischen Linken, wo Leon Blum ein wirtschaftliches Übergewicht Deutschlands in einer von Grossbritannien losgelösten westeuropäischen Gemeinschaft befürchtet.

Auf einer anderen Ebene bemüht sich Frankreich um die vertrauensvolle Freundschaft Washingtons. In diesem Sinne ist es bereit, sich mit ganzer Kraft für eine den Amerikanern erwünschte liberale Wirtschafts- und Handelspolitik einzusetzen.

Die Abwehr gegenüber dem Sowjeteinfluss bedingt weitgehend die französische Stellung zu Deutschland. Das Gespenst einer deutsch-russischen Zusammenarbeit ist keineswegs aus der französischen Politik verschwunden. Man bezweifelt nicht die ehrlichen Absichten der westdeutschen Politiker, hat aber viel weniger Vertrauen in die allgemeine Entwicklung. Man weiss, dass selbst das anti-kommunistischste Westdeutschland auf Handelsbeziehungen mit dem Osten nicht verzichten kann und glaubt, erst dann gegen jede politische Auswirkung der handelspolitischen Anziehungskraft des östlichen Raumes gesichert zu sein, wenn Deutschland nicht mehr isoliert ist, sondern als Bestandteil einer grösseren europäischen Gemeinschaft dem Ostblock gegenübertritt. Als weitere Gefahr erscheint das deutsche Flüchtlingsproblem und die, trotz aller gegenteiligen Versicherungen und Ansichten, nicht von der Hand zu weisen Möglichkeit sowjetrussischer Ungeständnisse jenseits von Oder oder Weisse zu Lasten Polens und der Tschechoslowakei.

Sowohl die Unzufriedenheit mit Grossbritannien als auch das Misstrauen gegenüber der Sowjetunion müssen zusammen mit dem Wunsch Frankreichs, von den Vereinigten Staaten als wirtschaftlicher, politischer und strategischer Mittelpunkt Europas anerkannt zu werden, zu einer Beschleunigung der deutsch-französischen Annäherung führen. Eine völlig neue Entwicklung auf dieser Ebene ist unter diesen Umständen durchaus wahrscheinlich.

Frankreich in der Verhand?

sp. In den Vorberichten über die neue Deutschland-Konferenz, die Mitte dieser Woche in Paris beginnt, nimmt der Hinweis auf eine mögliche Änderung im deutsch-französischen Verhältnis den ersten Platz ein.

Solche Kombinationen sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie finden ihren prägnantesten Ausdruck in der Meldung einer amerikanischen Nachrichtenagentur, in der, leicht sensationell, von der möglichen Vorbereitung oder sogar Bildung einer "französisch-deutschen Entente" gesprochen wird - ein Ausdruck mit unverkennbar anti-englischer Spitze. Das Interview Adenauers mit der "Zeit" spielt bei solchen Vermutungen ebenso eine Rolle, wie der Umstand, dass Blücher in Paris von den Franzosen besonders freundlich, von den Engländern auffallend kühl behandelt wurde, wie schliesslich der angekündigte Besuch Professor Erhardts in Paris. Auch eine Bemerkung Francois-Foncets gegenüber einem führenden Sozialdemokraten weist zumindest in die gleiche Richtung.

Eine Parallelerscheinung zu dieser Entwicklung, genauer gesagt, eine Ursache mit dafür, ist die anhaltende und wachsende Zurückhaltung massgebender englischer Kreise gegenüber der von den USA so stark geforderten Europafusion, wenigstens was das eigene englische Engagement dafür betrifft. Gleichzeitig werden in zunehmendem Masse britische Stimmen laut, die die Priorität des Empire-Zusammenhanges unterstreichen.

Die Tendenzen, die sich hier im Hinblick auf die Entwicklung des deutsch-französischen Verhältnisses andeuten, korrespondieren mit den Vorstellungen des Bundeskanzlers von einer künftigen deutschen Aussenpolitik. Auch die Opposition ist von der Vordringlichkeit einer deutsch-französischen Verständigung überzeugt, aber es wird doch noch sehr sorgfältiger Überlegungen bedürfen, unter welchen Voraussetzungen sie auch vom deutschen Standpunkt aus unbedingt wünschenswert ist. Eine Frage, die in diesem Zusammenhang sehr bald erneut grosse Bedeutung erhalten könnte, ist die eines Beitritts Deutschlands zum Ruhrstatut, der zum Beispiel, nach sozialdemokratischer Auffassung, mit einer europäischen Anwendung der in diesem Statut niedergelegten Grundsätze verbunden sein müsste. Es ist das eine Forderung nicht nur der wirtschaftlichen Vernunft, sie ist unerlässlich auch für eine politische Atmosphäre, in der die Vorstellung eines verewigten Verhältnisses

von Siegern zu Besiegten nicht mehr dominieren darf.

Das Ruhrstatut ist ausserdem nur eine der Fragen, über die man noch sehr gründlich wird sprechen müssen. Unter diesen Umständen sollten die verantwortlichen deutschen Stellen alle kommenden Angebote auf das genaueste prüfen, ein voreiliges und kritikloses Eingehen auf die angedeutete neue aussenpolitische Konzeption wäre bedenklich.

(b/1/711/hs)

Neues aus der "Volkspolizei" :

Cochstedt Ausbildungslager für Balkan-Kämpfer

sp. In Cochstedt bei Dessau werden Volkspolizisten für den Kommando-Einsatz gegen Tito ausgebildet. Monat für Monat verlassen Balkan-Formationen der Volkspolizei in einer Stärke von ca. 1.200 bis 1.500 Mann die Sowjetzone in Richtung Südosten.

*

Verstärkter Werkschutz

sp. Besonders ausgebildete Volkspolizeieinheiten stellen seit Anfang November Werkschutzverstärkungen für die sogenannten volkseigenen Betriebe. Grossbetriebe, die bisher nur über zwei Nachtwächter verfügten, werden jetzt Tag und Nacht von 20 und mehr Volkspolizisten in Zivil überwacht. Anscheinend ist die Furcht vor "Spionen" und "Saboteuren" in ständigem Wachsen.

*

Höhere Volkspolizeischule Prenzlau

Die Höhere Volkspolizeischule Prenzlau ist zur Zeit mit 1200 Volkspolizisten, zumeist sehr jungen Jahrgängen, belegt. Insgesamt sind 10 Kompanien (6 Schützen-, 2 Granatwerfer-, 1 Maschinengewehr- und 1 Pionierkompanie) dort stationiert. Seit Mitte September sind ausschliesslich ehemalige Offiziere als Ausbilder eingesetzt. Die Stimmung unter den 17- bis 20-Jährigen ist sehr schlecht. Die Jungen wollen nach Hause, werden aber nicht entlassen, weil, wie man ihnen sagt, der "volksdemokratische Staat eine Wehrmacht nicht entbehren" kann.

*

Abiturienten als Offiziersanwärter

sp. Die Volkspolizei führt seit ca. 8 Wochen in den Ländern der sowjetischen Zone umfangreiche Registrierungen von Abiturienten durch. Sie erhalten eine Vorladung, in der sie aufgefordert werden, "sich in ihrem eigensten Interesse in einer politischen Angelegenheit" umgehend bei der jeweiligen Volkspolizeiinspektion zu melden. In den Volkspolizeiinspektionen werden die Jugendlichen dann aufgefordert, als Offiziersanwärter der Volkspolizei beizutreten.

Verantwortlich: Peter Raunau